

Die Annexionsfrage.

—er. Das Wiener „Fremdenblatt“ hat, wie wir gestern abend berichteten, in einem Artikel auf die bekannte Forderung der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten Bezug genommen, die eine ausführliche Erklärung seitens der Regierung verlangen, daß Deutschland keine Annexionen fordere. Das Wiener Blatt hat daraufhin erklärt, daß Oesterreich-Ungarn gegenüber Rußland keinerlei derartige Forderungen zu stellen beabsichtigt. Von deutscher Seite ist bekanntlich die Forderung der Sozialdemokratie halbamtlich abgelehnt worden. Die deutsche Regierung läßt sich weder von den Sozialdemokraten noch von den Gegenspielern auf der Rechten im gegenwärtigen Moment zu Äußerungen über die Kriegszielfrage drängen. Sie hat darin, wie wir wiederholt bemerkten, unsere volle Zustimmung. Denn der gegenwärtige Augenblick, in dem unsere Gegner einschließlich sogar einzelner Personen der provisorischen Regierung in Rußland, immer noch ihre alten Eroberungs- und Vernichtungsziele gegen die Mittelmächte proklamieren, ist nicht dazu geeignet, daß wir unsererseits mit bindenden Erklärungen an die Öffentlichkeit träten. Wenn das Wiener „Fremdenblatt“ nichtsdestoweniger feststellt, daß Oesterreich-Ungarn gegenüber Rußland keine Annexionswünsche habe, so mag es dabei von innerpolitischen Rücksichten geleitet gewesen sein, in die wir uns nicht einmengen. Aber auch nach außen hin besagt die Erklärung des Blattes gewissermaßen nur eine Selbstverständlichkeit. Von Rumänien, Serbien und Italien ist in seinen Äußerungen nicht die Rede. Was Polen aber anlangt, so stehen bekanntlich die beiden Mittelmächte solidarisch auf der Proklamation des vorigen Jahres.

Wir haben bereits mehrfach unserer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß es keinen Nutzen bringt, das Friedensproblem nach Rußland hin zum Gegenstand weiterer Erklärungen zu machen, nachdem die Regierungen der Mittelmächte grundsätzlich ihre Stellung zur russischen Revolution und zum russischen Volke präzisiert haben. Durch ständige Wiederholung dieser Stellungnahme wird ihre Wirkung zweifellos nicht vertieft und wir bemerkten bereits früher, daß nach unserer Ansicht derartige Erklärungen nunmehr in hinreichendem Maße erfolgt seien. Das gleiche gilt nach unserer Auffassung von den Bemühungen der Sozialdemokratie, die sich offenbar von einem ausdrücklichen Annexionsverzicht Erfolge für die Friedensbewegung in Rußland verspricht. Auch hier wäre vielleicht weniger mehr. Im allgemeinen aber muß es nach unserer Auffassung dabei bleiben, daß in einem Koalitionskriege wie diesem, bei dem die Frage des Friedens oder Nichtfriedens nicht von einem Mehr oder Minder der Bedingungen abhängt, sondern von der beiderseitigen Geneigtheit zum Frieden überhaupt, eine einseitige Verzichtleistung auf die Faustpfänder, die unsere Truppen in gemeinsamem Kampfe errungen haben, überhaupt nicht in Frage kommen kann und daß daher auch der Artikel des Wiener Blattes nur eine mehr innerpolitische österreichische Bedeutung hat.

Wir fühlen uns stark genug, zu Lande wie zur See, um den Augenblick abzuwarten, in dem unsere Feinde genötigt sein werden, nach jenem Frieden auszuschaun, der, wie wir gesagt haben, Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit unserer Völker wie derjenigen unserer Gegner zu wahren geeignet ist. Was aber unsere Truppen mit ihrem Blute eroberten, das muß, bis dieser Augenblick gekommen ist, und ganz einerlei, wie man zur Frage der Annexion steht, ein festes Pfand in unserer Hand bleiben, auf das wir nicht im vornherein verzichten können, bevor noch überhaupt die Ansätze zu einer Herstellung des Friedens sich zeigen. Wir möchten daher von uns aus nochmals den Wunsch unterstreichen, daß unsere Regierung Festigkeit zeigt, nach innen wie nach außen, und die Zügel fest in der Hand hält. Nicht platonische Erklärungen und nicht einseitige Demonstrationen, die gewissen Wünschen innerpolitischer Gruppen entgegenkommen oder auch vereinzelt auswärtigen Gruppen entgegenzukommen scheinen, werden uns den Frieden bringen, sondern allein dasjenige, was der Artikel des Wiener „Fremdenblattes“ auch mit Recht hervorhebt: Die Gewißheit und die Entschlossenheit, militärisch und wirtschaftlich stark genug zu sein und stark zu bleiben, um den Kampf, so oder so, auszufechten.

wb. Basel, 26. April. (Drahtbericht.) Die „Basler Nachrichten“ bringen einen Artikel, in dem ausgeführt wird: Die Kriegszieldiskussionen der deutschen Presse seien Beweise für die Zerissenheit des

deutschen Volkes, hinsichtlich der Kriegszielwünsche. Solche Diskussionen wären bedenklich in einem Augenblick, wo geistige Geschlossenheit gegenüber dem feindlichen Auslande unbedingt nötig ist, damit letzteres Respekt vor den deutschen Friedensangeboten haben könne. Die Befamngabe des von der Regierung zur Frage der Kriegsziele eingenommenen Standpunktes könne man dem Reichskanzler im gegenwärtigen Augenblicke umsoweniger zumuten, als die Friedensunterhandlungen keine Ladengeschäfte mit fixen Preisen wären. Es sei unbegreiflich, daß die deutsche Presse für die durch diese Frage geschaffene delikate Lage des Reichskanzlers so geringes Verständnis zeige.